

27.05.2011

Freibad will Fingerabdruck



Die Idee: Einlasskontrolle per Fingerabdruck. Foto: dpa

Von Jörn Perske (dpa)

Dauerkarten-Besitzer des Naturerlebnis-Freibades in Bad Orb sollen für die Einlasskontrolle ihren Fingerabdruck abgeben. Das Lesegerät sei aufgebaut und gehe umgehend in Betrieb, sagte Bürgermeisterin Helga Uhl (parteilos) gestern und bestätigte einen Bericht von hr-online. Der hessische Datenschutzbeauftragte Michael Ronellenfitsch protestiert und rügte das in Hessen einmalige Einlasssystem für ein Schwimmbad als unzulässig.

Die Rathaus-Chefin betonte, jeder Saisonkarten-Inhaber könne entscheiden, ob er seinen Fingerprint registrieren lassen wolle. Die

Stadt will als Bad-Betreiberin die Weitergabe der Dauerkarten an Dritte verhindern, weil ihr dadurch bis zu 10 000 Euro an Eintrittsgeld pro Jahr entgehen. Zudem sollen Personalkosten eingespart werden.

Stadt reagiert

Auf die Kritik des Datenschutzbeauftragten habe die Stadt reagiert. "Wir nehmen die Hinweise ernst und haben uns beraten lassen. Wir geben den Gästen ein Infoblatt und bitten sie um eine schriftliche Einverständniserklärung", sagte die Rathaus-Chefin. Probleme mit dem Datenschutz sieht sie nicht. Die Daten würden nicht zentral sondern nur auf dem Chip der Karte gespeichert.

Allerdings räumte Uhl ein: "Wer nicht am Fingerprint-System teilnehmen möchte, hat einen schwierigeren Zugang ins Freibad." Die Kasse sei mitunter nicht besetzt, man müsse den Bademeister rufen und sich ausweisen. Die Alternative zum Fingerabdruck-System wäre, laut Uhl, eine Dauerkarte mit Foto. "Aber da brauchen Sie die Gesichtskontrolle." Und man wolle nicht den Eintritt erhöhen.

Der Datenschutzbeauftragte Ronellenfitsch sagte, er halte die Erhebung derart sensibler Daten ohne entsprechende Rechtsgrundlage für unzulässig. Die Nutzung biometrischer Daten solle anderen Zwecken dienen. Den Hinweis der Freiwilligkeit lässt der Experte nicht gelten. "Freiwilligkeit ist nur dann gegeben, wenn eine gleichwertige Alternative zur Verfügung steht." Angesichts längerer Wartezeiten sei das nicht der Fall.

Kommunalaufsicht

Die Grünen im Landtag forderten die Stadt auf, das System nicht einzuführen. Die Datenschutz-Bedenken müssten berücksichtigt werden. Laut SPD sind die Einlasskontrollen ein "unverhältnismäßiger Umgang mit hochsensiblen Daten". "Ein Freibad ist doch kein Hochsicherheitstrakt", sagte die Abgeordnete Nancy Faeser. SPD und Grüne forderten, dass sich die Kommunalaufsicht des Falles annehmen solle.

© 2011 Frankfurter Neue Presse